



Gesetzentwurf

der Landesregierung

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2002

Federführend ist der Minister für Finanzen und Energie.

Entwurf
Gesetz
über die Feststellung eines Nachtrages
zum Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2002

Vom

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1
Nachtragshaushalt 2002

Der diesem Gesetz beigefügte Nachtragshaushaltsplan wird in Einnahmen und Ausgaben auf

+ 26 338 400 Euro

festgestellt.

Der nach Artikel 1 § 1 des Haushaltsbegleitgesetzes 2002 vom 12. Dezember 2001 (GVOBl. Schl.-H. S. 365) festgestellte Haushalt wird in Einnahmen und Ausgaben auf insgesamt

9 563 369 000 Euro

sowie hinsichtlich der Verpflichtungsermächtigungen auf

728 485 000 Euro

neu festgestellt.

§ 2
Kreditermächtigung

Die Kreditermächtigung in Artikel 1 § 2 Abs. 1 des Haushaltsbegleitgesetzes 2002 erhöht sich

um 589 438 400 Euro

auf 2 750 753 800 Euro.

§ 3
Verzicht auf Haushaltsübersichten

§ 14 Abs. 1 Landeshaushaltsordnung findet auf dieses Gesetz keine Anwendung.

§ 4
Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2002 in Kraft.

Begründung

1. Allgemeines

Nach dem Ergebnis der Steuerschätzung des Bund-Länder-Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ vom 12. und 13. November 2002 werden die Steuereinnahmen des Landes einschließlich der Einnahmen aus dem Länderfinanzausgleich und den Bundesergänzungszuweisungen im Jahre 2002 insgesamt 5.210,0 Mio. € betragen. Im Haushaltsplan für 2002 sind demgegenüber 5.640,1 Mio. € veranschlagt. Die prognostizierten Einnahmeausfälle in Höhe von ca. 430,1 Mio. € können durch die von der Landesregierung bereits im Februar 2002 beschlossenen zusätzlichen globalen Minderausgaben, eine im Mai 2002 verhängte Haushaltssperre, durch Sparmaßnahmen im Laufe des Haushaltsvollzugs vor allem im Personalbereich, durch eine restriktive Bewirtschaftung der Ausgabereise und durch die Inanspruchnahme der Restkreditermächtigung aus dem Jahre 2001 nicht ausgeglichen werden. Um ein hohes Haushaltsdefizit 2002 und damit eine nicht vertretbare Vorbelastung der Haushalte 2003 und 2004 zu vermeiden, ist im Rahmen eines Nachtragshaushalts 2002 ein Ausgleich der Steuerausfälle durch eine Aufstockung der Kreditermächtigung erforderlich.

In einen solchen Nachtragshaushalt müssen weitere erkennbar gewordene Haushaltsbe- und -entlastungen aufgenommen werden, soweit sie nicht bereits über- oder außerplanmäßig abgewickelt worden sind.

Weitere Einnahmeausfälle sind nach dem bisherigen Stand des Haushaltsvollzuges zu erwarten bei den Einnahmen aus

- der im Haushalt 2002 veranschlagten globalen Mehreinnahme in Höhe von 100 Mio. €, die durch den Verkauf von Anteilen des Landes an der Landesbank Girozentrale Schleswig-Holstein realisiert werden sollten.
Die Realisierung dieser Einnahmeerwartung stößt auf Grund der im Zusammenhang mit der Fusion der LB Kiel mit der HLB unerwartet hoch ausgefallenen Unternehmensbewertung beider Institute auf Probleme. Nach der Bewertung der PWC entspricht der o. a Betrag einem Anteil am Stammkapital an der LB Kiel von ca. 3,14 %-Punkten (Wert der LB Kiel: 3,18 Mrd. €). Die Bewertung der PWC beinhaltet insbesondere eine faire Ermittlung der anteiligen Unternehmenswerte zur Feststellung der Anteilswerte an der fusionierten Bank. Damit wurden alle erwarteten Ertragskomponenten einbezogen. Die resultierende Bewertung hat zur Folge, dass ein Investor, der zu dieser Bewertung einsteigt, derzeit keine pos. Rendite erzielen könnte, da sich die Rendite aus den Komponenten Dividende und Wertentwicklung zusammensetzt. Eine pos. Wertentwicklung des Anteilspakets wäre aber nur dann gegeben, wenn über die bereits optimistisch angesetzten Ertragserwartungen hinaus zusätzliche Faktoren eine noch bessere Ertragserwartung ergeben würden als der Unternehmensbewertung zugrunde gelegt. Dieses ist derzeit nicht absehbar.
Auf Grund der gegenwärtigen Marktbedingungen ist somit zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine Veräußerung an die übrigen Anteilseigner der Landesbank oder an Dritte nicht bzw. nur zu einem nicht angemessenen Kaufpreis möglich. Die kurzfristige Absage eines Gesprächs durch eine skandinavische Bank kann entsprechend gedeutet werden.
Die Verhandlungsgespräche mit dem Sparkassen- und Giroverband für Schleswig-Holstein (SGV), der nach der Auffassung des Gutachtens von Sal. Oppenheim als geeigneter strategischer Partner des Landes eingestuft wurde, haben ebenfalls zu einem negativen Ergebnis geführt. Mit Schreiben vom 13. November 2002 hat der Präsident des SGV nunmehr die Bedingungen mitgeteilt, unter denen der Vorstandsvorsitzende bereit ist, der Verbandsversammlung den Erwerb eines Anteils von mindestens 5%-

Punkten gegen Zahlung von 100 Mio. € zu empfehlen. Danach müsste die Transaktion mit einem Besserungsschein für den Fall, dass bei einem von der LB Baden-Württemberg beabsichtigten kurzfristigen Verkauf ihres Anteils auf dem Markt ein anderer Verkaufspreis erzielt wird, mit einem weiteren Besserungsschein hinsichtlich der Haftkapitalvergütungsnachzahlung sowie ,mit einer „Call-Option“ zu Gunsten des SGV dergestalt, dass der SGV-Anteil an der fusionierten LB z. B. innerhalb eines Zeitraums von 5 Jahren auf 25,1 % erhöht wird, verbunden werden.

Eine Transaktion wäre somit mit erheblichen Abschlägen gegenüber der PWC-Bewertung verbunden. Dieses wäre jedoch im Interesse der beiden Institute und damit letztlich der Anteilseigner das falsche Signal. Ein potenter Marktantritt des fusionierten Instituts ist im Hinblick auf die zukünftige Wertentwicklung von entscheidender Bedeutung. In jedem Fall wäre mit einer direkten Reaktion der Rating-Agenturen im Hinblick auf eine entsprechende Schlechtereinschätzung zu rechnen.

- Gerichtskosten (./ 8 Mio. €),
- der Veräußerung von entbehrlichen Grundstücken (./ 8 Mio. €),
- einer verzögerten Abwicklung der letzten Rate im Rahmen des Liegenschaftsmodells (./ 9 Mio. €),
- des Verzichtes auf die Rückabwicklung des Programms zur Übernahme von Wagniskapitalbeteiligungen (./ 7 Mio. €)
und
- bei den 2002 noch nicht realisierbaren Einnahmen aus der Parkraumbewirtschaftung (./ 1 Mio. €).

Mehrausgaben sind zu erwarten

- bei den Lehrpersonalkosten (13,9 Mio. €),
- bei der Inanspruchnahme aus Bürgschaftszusagen im Bereich der Schifffahrt (35 Mio. €),
- bei Beihilfen (8 Mio. €)
und
- bei der Finanzierung von Ausgaberesten, insbesondere für Regionalisierungsmittel und einen an den Bund zurückgezahlten Heizkostenzuschuss (zusammen 38 Mio. €).

Weitere Mehrausgaben, u.a. für Pensionen und Wohngeld, sind bereits überplanmäßig bewilligt worden. Sie mussten zum 30. November und somit vor der Verabschiedung eines Nachtragshaushalts geleistet werden und werden mit Hilfe der Restkreditemächtigung aus dem Jahre 2001 bzw. im Haushaltsvollzug 2002 gedeckt.

Diesen Belastungen stehen Entlastungen gegenüber beim Schuldendienst (rd. 12 Mio. €), durch die von der Landesregierung bereits im Februar 2002 beschlossene Erhöhung der globalen Minderausgaben (rd. 27 Mio. €) sowie durch die im Mai verhängte Haushaltssperre (geschätzte Auswirkungen 35 Mio. €).

Die im Nachtragshaushalt vorgesehene Erhöhung der Nettokreditaufnahme um 589,4 Mio. € auf insgesamt rd. 1.102 Mio. € überschreitet die Summe der veranschlagten eigenfinanzierten investiven Ausgaben um rd. 536 Mio. €. Nach Art. 53 Landesverfassung i.V.m. § 18 LHO darf die Nettokreditaufnahme die Summe der im Haushalt veranschlagten eigenfinanzierten Investitionen grundsätzlich nicht überschreiten. Ausnahmen sind nur zulässig zur Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts oder zur Überwindung einer schwerwiegenden Störung der Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung des Landes. In diesen Fällen ist im Gesetzgebungsverfahren zur Feststellung des Haushaltsplans bzw. eines Nachtragshaushaltsplans insbesondere darzulegen, dass das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht oder die Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung des Landes ernsthaft und nachhaltig gestört ist oder eine solche Störung unmittelbar bevorsteht und dass die erhöhte Kreditaufnahme dazu bestimmt und geeignet ist,

die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts oder der Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung des Landes abzuwehren.

Im Jahre 2002 ist die Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung des Landes ernsthaft und nachhaltig gestört.

Die Arbeitslosenquote ist in der Bundesrepublik von 9,0 % im Jahre 2001 auf voraussichtlich 9,7 % im Jahre 2002 gestiegen. Für das Jahr 2003 wird ein weiterer Anstieg auf 9,9 % prognostiziert. Die Zahl der Arbeitslosen soll im Jahre 2002 und im Jahre 2003 bei über 4 Mio. verharren. Die Zahl der Beschäftigten ist rückläufig.

Von dieser Entwicklung ist Schleswig-Holstein nicht abgekoppelt.

Dem Landeshaushalt 2002 liegt entsprechend der Steuerschätzung vom November 2001 ein reales Wirtschaftswachstum von 1,25 % zugrunde. Neueste Schätzungen lassen für 2002 nur noch ein geringes Wirtschaftswachstum von etwa 0,5 % erwarten. Nach aktuellen Prognosen von Wirtschaftsforschungsinstituten ist 2003 nur eine geringe wirtschaftliche Belebung mit einem realen Wirtschaftswachstum von etwa 1,5 % zu erwarten.

Auf Grund dieser Situation hat die Bundesregierung im Rahmen der Verabschiedung eines Nachtragshaushaltsentwurfs am 20. November 2002 eine Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts für die Bundesrepublik festgestellt. Da sich diese Feststellung auf das gesamte Bundesgebiet bezieht, ist eine Überschreitung der Kreditaufnahmegrenze nach Art. 53 Landesverfassung auch für den Haushalt des Landes Schleswig-Holstein gerechtfertigt.

Die erhöhte Kreditaufnahme muss aber auch dazu bestimmt und geeignet sein, die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts oder der Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung des Landes abzuwehren.

Auch diese Voraussetzung für eine erhöhte Kreditaufnahme liegt vor.

Ohne die durch den Nachtragshaushalt ermöglichte erhöhte Kreditaufnahme würde der Haushaltsvollzug 2002 mit einem Defizit in Höhe von ca. 600 Mio. € abschließen. Dieser Fehlbetrag müsste nach § 25 Abs. 3 LHO in den Jahren 2003 und 2004 in den Haushaltsplan eingestellt und im Rahmen der zulässigen Kreditaufnahme finanziert werden. Dies hätte zwangsläufig in den Jahren 2003 und 2004 Einsparungen in Höhe von bis zu 600 Mio. € im konsumtiven Teil der Landesausgaben zur Folge. Spielraum für eine Kreditfinanzierung dieses Fehlbetrages besteht in den Jahren 2003 und 2004 nach der letzten Finanzplanung nicht mehr. Im Jahre 2003 besteht zwischen der vorgesehenen Neuverschuldung und der Kreditaufnahmegrenze nur noch ein Abstand von ca. 20 Mio. €, im Jahre 2004 in Höhe von ca. 31 Mio. €. Hinzu kommt, dass auch in diesen Jahren Steuerausfälle auf Grund der negativen Basiseffekte aus dem Jahre 2002 sowie der verringerten Wirtschaftswachstumsprognosen für 2003 zu befürchten sind, die bereits weitestgehend ohne zusätzliche Neuverschuldung durch Einsparungen im konsumtiven Teil des Landeshaushalts ausgeglichen werden müssen. Diese Einsparungen müssten bei einer Veranschlagung des voraussichtlichen Defizits aus 2002 extrem erhöht werden. Betroffen von Einsparungen im konsumtiven Teil des Haushalts wären vor allem die Personalausgaben und die nichtinvestiven Förderprogramme des Landes. Die übrigen konsumtiven Ausgaben, wie die sächlichen Verwaltungsausgaben, der Schuldendienst und die gesetzlich festgelegten nichtinvestiven Zuwendungen des Landes entziehen sich fast vollständig Sparmaßnahmen. Im Bereich der Personalausgaben sind aber nach dem Haushaltsentwurf für 2003 bereits erhebliche Bewirtschaftungsmaßnahmen erforderlich, um schon bisher vorgesehene Kürzungen der Personalkostenbudgets und eventuelle Tarifsteigerungen 2003 auszugleichen, für die grundsätzlich keine Haushaltsmittel vorgesehen sind. Bei umfangreichen zusätzlichen Einsparungen zum Ausgleich des Defizits aus

2002 wäre es ausgeschlossen, freiwerdende Stellen wieder zu besetzen oder neue Stellen zu schaffen. Davon wäre unmittelbar in besonders großem Ausmaß der Lehrerbereich betroffen, weil hier im Gegensatz zu den meisten anderen Personalbereichen des Landes eine externe Ausbildung erfolgt. Aber auch vom Land selbst ausgebildete Nachwuchskräfte könnten nicht in den Landesdienst übernommen werden. Durch die Nichtbesetzung von Stellen würde deshalb kurzfristig die Arbeitslosigkeit in Schleswig-Holstein unmittelbar erheblich erhöht, mittel- und langfristig sind Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt durch eine unzureichende Ausbildung zu befürchten.

Auch die Zuwendungen des Landes für nichtinvestive Förderungen, dazu gehören auch die Förderungsmaßnahmen im Rahmen des Programms ASH, dienen in erster Linie der Deckung von Personalausgaben der Empfänger bzw. unmittelbar der Förderung des Arbeitsmarktes. Auch bei Zuwendungsempfängern wären Einstellungsstopps und betriebsbedingte Kündigungen bis hin zur Schließung von Einrichtungen unvermeidlich mit deutlich negativen Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Aus Landesmitteln finanzierte Programme zur Förderung des Arbeitsmarktes müssten eingestellt werden.

In der gegenwärtigen Situation darf das Land aber nicht die Störung des wirtschaftlichen Gleichgewichtes und der Beschäftigungssituation durch solche massiven Einsparungen noch weiter verschärfen.

Eine über die Kreditfinanzierungsgrenze hinaus erhöhte Kreditaufnahme im Jahr 2002 ist somit dazu bestimmt und geeignet, eine Störung der Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung des Landes abzuwehren.

Die Landesregierung schlägt deshalb vor, die Steuerausfälle des Jahres 2002 weitestgehend durch eine einmalige Erhöhung der Neuverschuldung auszugleichen. Der Konsolidierungskurs der Landesregierung wird damit nicht aufgegeben. Die Sparanstrengungen des Landes werden in den kommenden Jahren vielmehr verstärkt fortgesetzt werden, ohne allerdings die Beschäftigungssituation in Schleswig-Holstein in unverantwortlicher Weise zu beeinträchtigen. Dies zeigt sich u. a. in der voraussichtlichen Steigerungsrate des Landeshaushalts 2003, die deutlich unter dem Beschluss des Finanzplanungsrates vom März d. J. liegen wird.

2. Einzelmaßnahmen

Zu § 1

Vergl. Begründung zu 1. Allgemeines

Zu § 2

Vergl. Begründung zu 1. Allgemeines

Zu § 3

Wie bei Nachtragshaushalten üblich, soll auf die Haushaltsübersichten verzichtet werden.

Anlage

zum Gesetz über die Feststellung
eines Nachtrages zum Haushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2002

Gesamtplan

des Landeshaushaltsplans 2002

Teil I: Haushaltsübersicht

Teil II: Finanzierungsübersicht

Teil III: Kreditfinanzierungsplan

Teil I. Haushalts-
(Beträge)

Einzelplan	Bezeichnung	Einnahmen					Gesamteinnahmen
		Steuern und steuerähnliche Abgaben 011 bis 099	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl. 111 bis 186	Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen 211 bis 299	Schuldenaufnahme, Zuwendungen für Investitionen 311 bis 346	Besondere Finanzierungseinnahmen 351 bis 389	
1	2	3	4	5	6	7	8
01	Landtag	-	69,9	-	-	-	69,9
02	Landesrechnungshof	-	0,5	-	-	-	0,5
03	Ministerpräsidentin und Chef der Staatskanzlei	-	53,5	101,1	-	-	154,6
04	Innenministerium	-	33.897,5	105.119,2	10.648,6	-	149.665,3
05	Ministerium für Finanzen und Energie	-	87.364,0	8.610,0	-	-	95.974,0
06	Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr	-	54.036,6	231.961,5	108.392,7	-	394.390,8
07	Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur	-	8.303,0	72.135,6	10.432,5	1.676,5	92.547,6
08	Ministerium für ländliche Räume, Landesplanung, Landwirtschaft, und Tourismus	490,0	4.163,9	36.982,6	34.649,5	3.414,4	79.700,4
09	Ministerium für Justiz, Frauen, Jugend und Familie	-	129.766,8	19.567,7	-	-	149.334,5
10	Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz	-	19.746,2	63.661,9	20.323,1	3.897,2	107.628,4
11	Allgemeine Finanzverwaltung	4.929.690,4	124.027,4	343.237,7	2.925.753,8	46.818,5	8.369.527,8
12	Hochbaumaßnahmen des Landes	-	-	29.891,4	17,4	-	29.908,8
13	Ministerium für Umwelt, Natur und Forsten	72.562,0	12.614,1	9.144,9	-	145,4	94.466,4
	Summe	5.002.742,4	474.043,4	920.413,6	3.110.217,6	55.952,0	9.563.369,0

übersicht

in T€)

Ausgaben								Überschuss (+) Zuschuss (-)
Personal- ausgaben 411 bis 462 9	Sächliche Verwal- tungs- ausgaben 511 bis 549 10	Schulden- dienst 561 bis 596 11	Zuwen- dungen mit Ausnahme für In- vestitionen 611 bis 699 12	Baumaß- namen 711 bis 799 13	Sonstige Investi- tionen und Investi- tionsför- derungs- maßnahmen 811 bis 899 14	Besondere Finan- zierungs- ausgaben 911 bis 989 15	Gesamt- ausgaben 16	
17.988,2	3.748,4	-	4.707,8	-	566,0	-	27.010,4	- 26.940,5
5.124,3	1.300,4	-	2,6	-	35,8	-	6.463,1	- 6.462,6
8.752,9	2.899,6	-	1.025,4	-	96,0	- 255,0	12.518,9	- 12.364,3
351.638,2	91.287,2	-	223.433,4	-	49.616,0	- 10.623,1	705.351,7	- 555.686,4
168.779,8	68.890,4	-	16.430,3	-	3.515,2	- 3.152,3	254.463,4	- 158.489,4
72.338,1	32.055,8	-	235.600,1	36.530,5	166.670,3	- 12.230,0	530.964,8	- 136.574,0
1.127.544,7	25.313,5	-	519.615,2	25,6	52.453,2	- 5.047,0	1.719.905,2	- 1.627.357,6
56.047,3	17.003,9	-	35.581,6	10.088,9	52.209,9	- 2.677,7	168.253,9	- 88.553,5
207.056,7	111.150,3	-	56.290,1	-	4.974,9	- 5.160,8	374.311,2	- 224.976,7
37.783,4	18.793,7	-	583.833,6	-	75.704,2	- 3.456,4	712.658,5	- 605.030,1
847.490,9	35.269,4	2.708.354,9	1.026.523,1	80,0	170.922,3	4.286,0	4.792.926,6	+ 3.576.601,2
-	11.465,2	-	-	91.347,0	9.971,7	- 3.251,5	109.532,4	- 79.623,6
60.147,6	31.812,4	-	24.674,8	3.534,0	31.176,6	- 2.336,5	149.008,9	- 54.542,5
2.960.692,1	450.990,2	2.708.354,9	2.727.718,0	141.606,0	617.912,1	- 43.904,3	9.563.369,0	-

Noch Teil I. Haushaltsübersicht

Verpflichtungsermächtigungen
(Beträge in T€)

Epl.	Bezeichnung	Verpflichtungs- ermächtigungen 2002	Von dem Gesamtbetrag (Spalte 3) dürfen fällig werden			
			2003	2004	2005	2006ff.
1	2	3	4	5	6	7
03	Ministerpräsidentin und Chef der Staatskanzlei	225	25	100	-	100
04	Innenministerium	26.611	7.093	9.022	4.852	5.644
05	Ministerium für Finanzen und Energie	19.119	3.213	2.424	2.687	10.795
06	Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr	131.534	74.189	43.223	14.122	-
07	Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur	5.331	1.861	1.336	2.134	-
08	Ministerium für ländliche Räume, Landesplanung, Landwirtschaft, und Tourismus	75.186	35.555	15.186	10.263	14.182
09	Ministerium für Justiz, Frauen, Jugend und Familie	1.356	1.151	205	-	-
10	Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz	245.762	50.156	42.741	41.256	111.609
11	Allgemeine Finanzverwaltung	24.835	11.354	13.381	100	-
12	Hochbaumaßnahmen des Landes	152.417	80.902	45.662	24.353	1.500
13	Ministerium für Umwelt, Natur und Forsten	46.109	22.871	11.550	6.667	5.021
	Summe	728.485	288.370	184.830	106.434	148.851

Teil II: Finanzierungsübersicht

I. Ermittlung des Finanzierungssaldos

1. Ausgaben (ohne Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt, Zuführungen an Rücklagen und Ausgaben zur Deckung eines kassenmäßigen Fehlbetrages)		7.739.358,6 T€
2. Einnahmen (ohne Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt, Entnahmen aus Rücklagen, Einnahmen aus kassenmäßigen Überschüssen und Erlösen aus Liegenschaftsübertragungen)		<u>6.576.598,9 T€</u>
3. Finanzierungssaldo		<u>1.162.759,7 T€</u>

II. Zusammensetzung des Finanzierungssaldos

4. Netto-Neuverschuldung am Kreditmarkt			
4.1 Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt *)	2.750.753,8 T€		
4.2 Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt *)	<u>1.648.761,9 T€</u>		
Nettoneuverschuldung (Saldo aus 4.1 und 4.2)			1.101.991,9 T€
4a. Erlöse aus Liegenschaftsübertragungen			16.000,0 T€
5. Ausgaben zur Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge			- T€
6. Einnahmen aus kassenmäßigen Überschüssen			- T€
7. Rücklagenbewertung			
7.1 Entnahmen aus Rücklagen	45.016,3 T€		
7.2 Zuführungen an Rücklagen	<u>248,5 T€</u>		
Saldo aus 7.1 und 7.2			+ <u>44.767,8 T€</u>
8. Finanzierungssaldo			<u>1.162.759,7 T€</u>

Teil III: Kreditfinanzierungsplan

I. Kredite am Kreditmarkt

1. Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt *)		2.750.753,8 T€
2. Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt *)		
2.1 Tilgung langfristiger Schulden	1.082.181,0 T€	
2.2 Tilgung kürzerfristiger Schulden	566.580,9 T€	
2.3 Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	<u>- T€</u>	<u>1.648.761,9 T€</u>
3. Saldo aus 1. und 2.		<u>1.101.991,9 T€</u>

II. Kredite im öffentlichen Bereich

4. Einnahmen aus Krediten von Gebietskörperschaften	6.328,5 T€
5. Ausgaben zur Schuldentilgung bei Gebietskörperschaften	265,4 T€

III. Erlöse aus Liegenschaftsübertragungen

1. Erlöse aus Liegenschaftsübertragungen	16.000,0 T€
--	-------------

*) ohne Erhöhung nach § 18 Abs. 5 LHO

Entwurf



Nachtrag

zum

Haushaltsplan des Landes Schleswig-Holstein für das Haushaltsjahr 2002

Inhalt

	Seite
Einzelplan 04	1
Einzelplan 05	2
Einzelplan 06	3
Einzelplan 07	5
Einzelplan 08	7
Einzelplan 09	8
Einzelplan 10	12
Einzelplan 11	13
Einzelplan 13	22

04 Innenministerium
04 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2002	zu ändern	neuer Ansatz 2002
			T€		

Ausgaben

972 02 989 Globale Minderausgaben -5.901,7 -4.721,4 -10.623,1

Haushaltsvermerk unverändert

Erläuterung: Veranschlagung der von der Landesregierung im Rahmen des Haushaltsvollzugs 2002 erhöhten globalen Minderausgaben.

Abschluss Kapitel 0401

Gesamteinnahmen	3.855,3	0,0	3.855,3
		0,0	
Gesamtausgaben	45.228,9	0,0	40.507,5
		-4.721,4	
Zuschuss	41.373,6	-4.721,4	36.652,2
Überschuss	0,0	0,0	0,0
Verpflichtungsermächtigung (in T€)	307,0	0,0	307,0
davon fällig Haushaltsjahr 2003	307,0	0,0	307,0
davon fällig Haushaltsjahr 2004	0,0	0,0	0,0
davon fällig Haushaltsjahr 2005	0,0	0,0	0,0
davon fällig Haushaltsjahr 2006ff	0,0	0,0	0,0

Gesamtabschluss Einzelplan 04

Gesamteinnahmen	149.665,3	0,0	149.665,3
		0,0	
Gesamtausgaben	710.073,1	0,0	705.351,7
		-4.721,4	
Zuschuss	560.407,8	-4.721,4	555.686,4
Überschuss	0,0	0,0	0,0
Verpflichtungsermächtigung (in T€)	26.611,0	0,0	26.611,0
davon fällig Haushaltsjahr 2003	7.093,0	0,0	7.093,0
davon fällig Haushaltsjahr 2004	9.022,0	0,0	9.022,0
davon fällig Haushaltsjahr 2005	4.852,0	0,0	4.852,0
davon fällig Haushaltsjahr 2006ff	5.644,0	0,0	5.644,0

05 Ministerium für Finanzen und Energie

05 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2002	zu ändern	neuer Ansatz 2002
			T€		

Ausgaben

972 01 989 Globale Minderausgaben -1.751,3 -1.401,0 -3.152,3
Haushaltsvermerk unverändert

Erläuterung: Veranschlagung der von der Landesregierung im Rahmen des Haushaltsvollzugs 2002 erhöhten globalen Minderausgaben.

Abschluss Kapitel 0501

Gesamteinnahmen	37.154,7	0,0	37.154,7
		0,0	
Gesamtausgaben	25.140,0	0,0	23.739,0
		-1.401,0	
Zuschuss	0,0	0,0	0,0
Überschuss	12.014,7	+1.401,0	13.415,7

keine Verpflichtungsermächtigung

Gesamtabschluss Einzelplan 05

Gesamteinnahmen	95.974,0	0,0	95.974,0
		0,0	
Gesamtausgaben	255.864,4	0,0	254.463,4
		-1.401,0	
Zuschuss	159.890,4	-1.401,0	158.489,4
Überschuss	0,0	0,0	0,0
Verpflichtungsermächtigung (in T€)	19.119,0	0,0	19.119,0
davon fällig Haushaltsjahr 2003	3.213,0	0,0	3.213,0
davon fällig Haushaltsjahr 2004	2.424,0	0,0	2.424,0
davon fällig Haushaltsjahr 2005	2.687,0	0,0	2.687,0
davon fällig Haushaltsjahr 2006ff	10.795,0	0,0	10.795,0

06 Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr

06 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2002	zu ändern	neuer Ansatz 2002
			T€		

Ausgaben

972 02 989 **Globale Minderausgaben** -10.100,0 -8.080,0 -18.180,0

Haushaltsvermerk unverändert

Erläuterung: Veranschlagung der von der Landesregierung im Rahmen des Haushaltsvollzugs 2002 erhöhten globalen Minderausgaben.

Abschluss Kapitel 0601

Gesamteinnahmen	44.764,2	0,0	44.764,2
		0,0	
Gesamtausgaben	12.451,7	0,0	4.371,7
		-8.080,0	
Zuschuss	0,0	0,0	0,0
Überschuss	32.312,5	+8.080,0	40.392,5
Verpflichtungsermächtigung (in T€)	7.090,0	0,0	7.090,0
davon fällig Haushaltsjahr 2003	7.000,0	0,0	7.000,0
davon fällig Haushaltsjahr 2004	30,0	0,0	30,0
davon fällig Haushaltsjahr 2005	60,0	0,0	60,0
davon fällig Haushaltsjahr 2006ff	0,0	0,0	0,0

06 Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr

06 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2002	zu ändern	neuer Ansatz 2002
			T€		

Einnahmen

134 01 691	Rückzahlung von Beteiligungen	7.000,0	-7.000,0	0,0
	<i>Haushaltsvermerk unverändert</i>			
	<i>Erläuterung: Es ist vorgesehen, auf die sofortige Rückzahlung zu verzichten.</i>			

Abschluss Kapitel 0602

Gesamteinnahmen	52.999,3	0,0	45.999,3
		-7.000,0	
Gesamtausgaben	88.937,0	0,0	88.937,0
		0,0	
Zuschuss	35.937,7	+7.000,0	42.937,7
Überschuss	0,0	0,0	0,0
Verpflichtungsermächtigung (in T€)	11.491,0	0,0	11.491,0
davon fällig Haushaltsjahr 2003	6.428,0	0,0	6.428,0
davon fällig Haushaltsjahr 2004	3.683,0	0,0	3.683,0
davon fällig Haushaltsjahr 2005	1.380,0	0,0	1.380,0
davon fällig Haushaltsjahr 2006ff	0,0	0,0	0,0

Gesamtabschluss Einzelplan 06

Gesamteinnahmen	401.390,8	0,0	394.390,8
		-7.000,0	
Gesamtausgaben	539.044,8	0,0	530.964,8
		-8.080,0	
Zuschuss	137.654,0	-1.080,0	136.574,0
Überschuss	0,0	0,0	0,0
Verpflichtungsermächtigung (in T€)	131.534,0	0,0	131.534,0
davon fällig Haushaltsjahr 2003	74.189,0	0,0	74.189,0
davon fällig Haushaltsjahr 2004	43.223,0	0,0	43.223,0
davon fällig Haushaltsjahr 2005	14.122,0	0,0	14.122,0
davon fällig Haushaltsjahr 2006ff	0,0	0,0	0,0

07 Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

07 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2002	zu ändern	neuer Ansatz 2002
			T€		

Ausgaben

972 02 989 **Globale Minderausgabe** -4.306,2 -3.525,0 -7.831,2

Haushaltsvermerk unverändert

Erläuterung: Veranschlagung der von der Landesregierung im Rahmen des Haushaltsvollzugs 2002 erhöhten globalen Minderausgaben.

Abschluss Kapitel 0701

Gesamteinnahmen 87,6 0,0 87,6

0,0

Gesamtausgaben 15.646,0 0,0 12.121,0

-3.525,0

Zuschuss 15.558,4 -3.525,0 12.033,4

Überschuss 0,0 0,0 0,0

keine Verpflichtungsermächtigung

07 Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

07 11 Grund- und Hauptschulen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2002	zu ändern	neuer Ansatz 2002
			T€		

Ausgaben

422 01 114		Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten <i>Haushaltsvermerk unverändert</i> <i>Erläuterung: Mehrbedarf.</i>	250.984,9	+8.700,0	259.684,9
425 01 114		Vergütungen der Angestellten <i>Erläuterung: Mehrbedarf.</i>	24.897,7	+5.200,0	30.097,7

Abschluss Kapitel 0711

Gesamteinnahmen	0,0	0,0	0,0
Gesamtausgaben	320.032,6	+13.900,0	333.932,6
Zuschuss	320.032,6	+13.900,0	333.932,6
Überschuss	0,0	0,0	0,0

keine Verpflichtungsermächtigung

Gesamtabschluss Einzelplan 07

Gesamteinnahmen	92.547,6	0,0	92.547,6
Gesamtausgaben	1.709.530,2	+13.900,0	1.719.905,2
Zuschuss	1.616.982,6	+10.375,0	1.627.357,6
Überschuss	0,0	0,0	0,0
Verpflichtungsermächtigung (in T€)	5.331,0	0,0	5.331,0
davon fällig Haushaltsjahr 2003	1.861,0	0,0	1.861,0
davon fällig Haushaltsjahr 2004	1.336,0	0,0	1.336,0
davon fällig Haushaltsjahr 2005	2.134,0	0,0	2.134,0
davon fällig Haushaltsjahr 2006ff	0,0	0,0	0,0

08 Ministerium für ländliche Räume, Landesplanung, Landwirtschaft und Tourismus

08 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2002	zu ändern	neuer Ansatz 2002
			T€		

Ausgaben

972 01 989 **Globale Minderausgabe** -1.487,6 -1.190,1 -2.677,7

Haushaltsvermerk unverändert

Erläuterung: Veranschlagung der von der Landesregierung im Rahmen des Haushaltsvollzugs 2002 erhöhten globalen Minderausgaben.

Abschluss Kapitel 0801

Gesamteinnahmen	1.241,2	0,0	1.241,2
		0,0	
Gesamtausgaben	18.930,0	0,0	17.739,9
		-1.190,1	
Zuschuss	17.688,8	-1.190,1	16.498,7
Überschuss	0,0	0,0	0,0
Verpflichtungsermächtigung (in T€)	368,0	0,0	368,0
davon fällig Haushaltsjahr 2003	368,0	0,0	368,0
davon fällig Haushaltsjahr 2004	0,0	0,0	0,0
davon fällig Haushaltsjahr 2005	0,0	0,0	0,0
davon fällig Haushaltsjahr 2006ff	0,0	0,0	0,0

Gesamtabschluss Einzelplan 08

Gesamteinnahmen	79.700,4	0,0	79.700,4
		0,0	
Gesamtausgaben	169.444,0	0,0	168.253,9
		-1.190,1	
Zuschuss	89.743,6	-1.190,1	88.553,5
Überschuss	0,0	0,0	0,0
Verpflichtungsermächtigung (in T€)	75.186,0	0,0	75.186,0
davon fällig Haushaltsjahr 2003	35.555,0	0,0	35.555,0
davon fällig Haushaltsjahr 2004	15.186,0	0,0	15.186,0
davon fällig Haushaltsjahr 2005	10.263,0	0,0	10.263,0
davon fällig Haushaltsjahr 2006ff	14.182,0	0,0	14.182,0

09 Ministerium für Justiz, Frauen, Jugend und Familie

09 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2002	zu ändern	neuer Ansatz 2002
			T€		

Ausgaben

972 02 989	Globale Minderausgaben	-2.867,1	-2.293,7	-5.160,8
------------	-------------------------------	----------	----------	----------

Erläuterung: Veranschlagung der von der Landesregierung im Rahmen des Haushaltsvollzugs 2002 erhöhten globalen Minderausgaben.

Abschluss Kapitel 0901

Gesamteinnahmen	11,1	0,0	11,1
		0,0	
Gesamtausgaben	9.667,7	0,0	7.374,0
		-2.293,7	
Zuschuss	9.656,6	-2.293,7	7.362,9
Überschuss	0,0	0,0	0,0
keine Verpflichtungsermächtigung			

09 Ministerium für Justiz, Frauen, Jugend und Familie

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2002	zu ändern	neuer Ansatz 2002
			T€		

Einnahmen

111 02 052	Gerichtskosten	103.525,3	-8.000,0	95.525,3
-------------------	-----------------------	------------------	-----------------	-----------------

Erläuterung: Anpassung an die Ist-Entwicklung

09 Ministerium für Justiz, Frauen, Jugend und Familie

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2002	zu ändern	neuer Ansatz 2002
			T€		

Ausgaben

526 11 052		Gebühren und Auslagen der Prozesskostenhilfe <i>Haushaltsvermerk unverändert</i> <i>Erläuterung: Anpassung an die Ist-Entwicklung</i>	15.011,3	+1.000,0	16.011,3
526 12 052		Gebühren und Auslagen der Verteidigerinnen und Verteidiger <i>Haushaltsvermerk unverändert</i> <i>Erläuterung: Anpassung an die Ist-Entwicklung</i>	2.812,1	+100,0	2.912,1
526 14 052		Entschädigungen für Sachverständige <i>Haushaltsvermerk unverändert</i> <i>Erläuterung: Anpassung an die Ist-Entwicklung</i>	15.150,1	+2.300,0	17.450,1
526 15 052		Sonstige Auslagen in Rechtssachen <i>Haushaltsvermerk unverändert</i> <i>Erläuterung: Anpassung an die Ist-Entwicklung</i>	14.911,3	+2.100,0	17.011,3

Abschluss Kapitel 0902

	Gesamteinnahmen	134.706,7	0,0	126.706,7
			-8.000,0	
	Gesamtausgaben	249.392,7	+5.500,0	254.892,7
			0,0	
	Zuschuss	114.686,0	+13.500,0	128.186,0
	Überschuss	0,0	0,0	0,0
	Verpflichtungsermächtigung (in T€)	767,0	0,0	767,0
	davon fällig Haushaltsjahr 2003	767,0	0,0	767,0
	davon fällig Haushaltsjahr 2004	0,0	0,0	0,0
	davon fällig Haushaltsjahr 2005	0,0	0,0	0,0
	davon fällig Haushaltsjahr 2006ff	0,0	0,0	0,0

09 Ministerium für Justiz, Frauen, Jugend und Familie

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2002	zu ändern	neuer Ansatz 2002
			T€		
Gesamtabschluss Einzelplan 09					
		Gesamteinnahmen	157.334,5	0,0	149.334,5
				-8.000,0	
		Gesamtausgaben	371.104,9	+5.500,0	374.311,2
				-2.293,7	
		Zuschuss	213.770,4	+11.206,3	224.976,7
		Überschuss	0,0	0,0	0,0
		Verpflichtungsermächtigung (in T€)	1.356,0	0,0	1.356,0
		davon fällig Haushaltsjahr 2003	1.151,0	0,0	1.151,0
		davon fällig Haushaltsjahr 2004	205,0	0,0	205,0
		davon fällig Haushaltsjahr 2005	0,0	0,0	0,0
		davon fällig Haushaltsjahr 2006ff	0,0	0,0	0,0

10 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz

10 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2002	zu ändern	neuer Ansatz 2002
			T€		

Ausgaben

972 01 989 Globale Minderausgaben -4.142,0 -3.313,6 -7.455,6

Haushaltsvermerk unverändert

Erläuterung: Veranschlagung der von der Landesregierung im Rahmen des Haushaltsvollzugs 2002 erhöhten globalen Minderausgaben.

Abschluss Kapitel 1001

Gesamteinnahmen	29.095,5	0,0	29.095,5
		0,0	
Gesamtausgaben	37.843,4	0,0	34.529,8
		-3.313,6	
Zuschuss	8.747,9	-3.313,6	5.434,3
Überschuss	0,0	0,0	0,0
Verpflichtungsermächtigung (in T€)	65.250,0	0,0	65.250,0
davon fällig Haushaltsjahr 2003	24.777,0	0,0	24.777,0
davon fällig Haushaltsjahr 2004	20.043,0	0,0	20.043,0
davon fällig Haushaltsjahr 2005	20.430,0	0,0	20.430,0
davon fällig Haushaltsjahr 2006ff	0,0	0,0	0,0

Gesamtabschluss Einzelplan 10

Gesamteinnahmen	107.628,4	0,0	107.628,4
		0,0	
Gesamtausgaben	715.972,1	0,0	712.658,5
		-3.313,6	
Zuschuss	608.343,7	-3.313,6	605.030,1
Überschuss	0,0	0,0	0,0
Verpflichtungsermächtigung (in T€)	245.762,0	0,0	245.762,0
davon fällig Haushaltsjahr 2003	50.156,0	0,0	50.156,0
davon fällig Haushaltsjahr 2004	42.741,0	0,0	42.741,0
davon fällig Haushaltsjahr 2005	41.256,0	0,0	41.256,0
davon fällig Haushaltsjahr 2006ff	111.609,0	0,0	111.609,0

11 Allgemeine Finanzverwaltung
11 01 Steuern und steuerähnliche Abgaben

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2002	zu ändern	neuer Ansatz 2002
			T€		

Haushaltsvermerk unverändert

Einnahmen

011 01 911	Lohnsteuer	1.943.200,0	-105.200,0	1.838.000,0
	<i>Erläuterung: Aktualisierte Steuereinnahmen aufgrund der regionalisierten Schätzung des Arbeitskreises "Steuerschätzungen" vom 12. - 13. November 2002.</i>			
012 01 911	Veranlagte Einkommensteuer	202.100,0	+2.800,0	204.900,0
	<i>Erläuterung: Vgl. Titel 1101 - 011 01.</i>			
013 01 911	Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag (ohne Zinsabschlag)	56.200,0	+98.200,0	154.400,0
	<i>Erläuterung: Vgl. Titel 1101 - 011 01.</i>			
014 01 911	Körperschaftsteuer	401.900,0	-362.600,0	39.300,0
	<i>Erläuterung: Vgl. Titel 1101 - 011 01.</i>			
015 01 911	Umsatzsteuer	1.411.750,0	-66.650,0	1.345.100,0
	<i>Erläuterung: Vgl. Titel 1101 - 011 01.</i>			
016 01 911	Einfuhrumsatzsteuer	469.300,0	-20.900,0	448.400,0
	<i>Erläuterung: Vgl. Titel 1101 - 011 01.</i>			
017 01 911	Gewerbsteuerumlage	142.300,0	-20.700,0	121.600,0
	<i>Erläuterung: Vgl. Titel 1101 - 011 01.</i>			
018 01 911	Zinsabschlag	118.500,0	-7.800,0	110.700,0
	<i>Erläuterung: Vgl. Titel 1101 - 011 01.</i>			
051 01 911	Vermögensteuer	5.800,0	+6.800,0	12.600,0
	<i>Erläuterung: Vgl. Titel 1101 - 011 01.</i>			
052 01 911	Erbschaftsteuer	100.700,0	-24.400,0	76.300,0
	<i>Erläuterung: Vgl. Titel 1101 - 011 01.</i>			
053 02 911	Grunderwerbsteuer nach dem Grunderwerbsteuergesetz 1983	204.500,0	-24.300,0	180.200,0
	<i>Erläuterung: Vgl. Titel 1101 - 011 01.</i>			
054 01 911	Kraftfahrzeugsteuer	295.500,0	-25.200,0	270.300,0

11 Allgemeine Finanzverwaltung
11 01 Steuern und steuerähnliche Abgaben

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2002	zu ändern	neuer Ansatz 2002
			T€		

Erläuterung: Vgl. Titel 1101 - 011 01.

057 01 911	Lotteriesteuer	63.000,0	+3.200,0	66.200,0
-------------------	-----------------------	-----------------	-----------------	-----------------

Erläuterung: Vgl. Titel 1101 - 011 01.

061 01 911	Biersteuer	15.400,0	+400,0	15.800,0
-------------------	-------------------	-----------------	---------------	-----------------

Erläuterung: Vgl. Titel 1101 - 011 01.

Abschluss Kapitel 1101

Gesamteinnahmen	5.476.040,4	+111.400,0	4.929.690,4
		-657.750,0	
Gesamtausgaben	8.948,9	0,0	8.948,9
		0,0	
Zuschuss	0,0	0,0	0,0
Überschuss	5.467.091,5	-546.350,0	4.920.741,5

keine Verpflichtungsermächtigung

11 Allgemeine Finanzverwaltung

11 02 Finanzausweisungen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2002	zu ändern	neuer Ansatz 2002
			T€		

Einnahmen

211 01 911 Bundesergänzungszuweisungen 168.400,0 +70.800,0 239.200,0

Erläuterung: Vgl. Titel 1101 - 011 01.

212 01 911 Ausgleichszuweisungen der Länder 31.425,0 +45.450,0 76.875,0

Haushaltsvermerk unverändert

Erläuterung: Vgl. Titel 1101 - 011 01.

Abschluss Kapitel 1102

Gesamteinnahmen	207.494,4	+116.250,0 0,0	323.744,4
Gesamtausgaben	1.136.893,3	0,0 0,0	1.136.893,3
Zuschuss	929.398,9	-116.250,0	813.148,9
Überschuss	0,0	0,0	0,0
Verpflichtungsermächtigung (in T€)	19.179,0	0,0	19.179,0
davon fällig Haushaltsjahr 2003	8.950,0	0,0	8.950,0
davon fällig Haushaltsjahr 2004	10.229,0	0,0	10.229,0
davon fällig Haushaltsjahr 2005	0,0	0,0	0,0
davon fällig Haushaltsjahr 2006ff	0,0	0,0	0,0

11 Allgemeine Finanzverwaltung

11 04 Sicherheitsleistungen und Gewährleistungen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2002	zu ändern	neuer Ansatz 2002
			T€		

Ausgaben**01 Inanspruchnahmen aus Sicherheitsleistungen und Gewährleistungen***Haushaltsvermerk unverändert**Erläuterung: -*

871 11 681	Inanspruchnahmen im Bereich Schiffbau und Schifffahrt	4.000,0	+35.000,0	39.000,0
-------------------	--	----------------	------------------	-----------------

(MG 01)

Erläuterung: Inanspruchnahme aus Bürgschaften im Bereich der Schifffahrt.

Summe der Maßnahmegruppe 01	7.000,0	+35.000,0	42.000,0
------------------------------------	----------------	------------------	-----------------

Abschluss Kapitel 1104

Gesamteinnahmen	5.406,0	0,0	5.406,0
------------------------	----------------	------------	----------------

0,0

Gesamtausgaben	9.231,0	+35.000,0	44.231,0
-----------------------	----------------	------------------	-----------------

0,0

Zuschuss	3.825,0	+35.000,0	38.825,0
-----------------	----------------	------------------	-----------------

Überschuss	0,0	0,0	0,0
-------------------	------------	------------	------------

keine Verpflichtungsermächtigung

11 Allgemeine Finanzverwaltung

11 06 Beihilfen und Unterstützungen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2002	zu ändern	neuer Ansatz 2002
			T€		

Ausgaben**01 Beihilfen und Pflegeleistungen***Haushaltsvermerk unverändert**Erläuterung: -*

441 11 941 (MG 01)	Beihilfen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (ohne Pflegeleistungen)	71.415,5	+4.000,0	75.415,5
-----------------------	--	----------	----------	----------

Erläuterung: Anpassung an die Ist-Entwicklung.

446 11 018 (MG 01)	Beihilfen für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger (ohne Pflegeleistungen)	59.423,0	+4.000,0	63.423,0
-----------------------	--	----------	----------	----------

Erläuterung: Anpassung an die Ist-Entwicklung.

Summe der Maßnahmegruppe 01	147.892,9	+8.000,0	155.892,9
------------------------------------	------------------	-----------------	------------------

Abschluss Kapitel 1106

Gesamteinnahmen	0,0	0,0	0,0
		0,0	

Gesamtausgaben	147.892,9	+8.000,0	155.892,9
		0,0	

Zuschuss	147.892,9	+8.000,0	155.892,9
-----------------	------------------	-----------------	------------------

Überschuss	0,0	0,0	0,0
-------------------	------------	------------	------------

keine Verpflichtungsermächtigung

11 Allgemeine Finanzverwaltung

11 11 Sonstige allgemeine Einnahmen und Ausgaben

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2002	zu ändern	neuer Ansatz 2002
			T€		

Einnahmen

124 01 011	Mieteinnahmen aus der Parkraumbewirtschaftung	1.000,0	-1.000,0	0,0
-------------------	--	----------------	-----------------	------------

Erläuterung: Verzögerung bei der Umsetzung des Parkraumkonzeptes.

131 01 871	Erlöse aus der Veräußerung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten	16.800,0	-8.000,0	8.800,0
-------------------	--	-----------------	-----------------	----------------

Erläuterung: Anpassung an die Ist-Entwicklung.

131 03 871	Einnahmen aus der Übertragung von bebauten Liegenschaften des Landes auf die Investitionsbank	25.000,0	-9.000,0	16.000,0
-------------------	--	-----------------	-----------------	-----------------

Erläuterung: Verschiebung der Übertragung von Liegenschaften durch die Umstrukturierung des Liegenschaftsmodells.

371 01 989	Globale Mehreinnahmen	100.000,0	-100.000,0	0,0
-------------------	------------------------------	------------------	-------------------	------------

Erläuterung: Nichtrealisierung der geplanten Veräußerung von Anteilen an der Landesbank.

11 Allgemeine Finanzverwaltung

11 11 Sonstige allgemeine Einnahmen und Ausgaben

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2002	zu ändern	neuer Ansatz 2002
			T€		

Ausgaben*Neuer Titel*

971 01 988 **Globale Mehrausgaben zur Finanzierung von Ausgaberesten** 0,0 +38.000,0 38.000,0

Erläuterung: Zur Finanzierung von Ausgaberesten insbesondere im Bereich der Regionalisierungsmittel.

972 01 989 **Globale Minderausgaben** 0,0 -35.000,0 -35.000,0

*Erläuterung: Geschätzte Einsparungen aufgrund der im Mai 2002 verhängten Haushaltssperre.***Abschluss Kapitel 1111**

Gesamteinnahmen	274.665,3	0,0	156.665,3
		-118.000,0	
Gesamtausgaben	52.390,4	+38.000,0	55.390,4
		-35.000,0	
Zuschuss	0,0	0,0	0,0
Überschuss	222.274,9	-121.000,0	101.274,9
Verpflichtungsermächtigung (in T€)	5.656,0	0,0	5.656,0
davon fällig Haushaltsjahr 2003	2.404,0	0,0	2.404,0
davon fällig Haushaltsjahr 2004	3.152,0	0,0	3.152,0
davon fällig Haushaltsjahr 2005	100,0	0,0	100,0
davon fällig Haushaltsjahr 2006ff	0,0	0,0	0,0

11 Allgemeine Finanzverwaltung

11 16 Kredite, Finanzderivate, Schulden

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2002	zu ändern	neuer Ansatz 2002
			T€		

Einnahmen

01 Bruttokreditaufnahme

Haushaltsvermerk unverändert

Erläuterung: -

325 01 921	Nettokreditaufnahme	512.553,5	+589.438,4	1.101.991,9
-------------------	----------------------------	------------------	-------------------	--------------------

(MG 01)

Erläuterung: -

Summe der Maßnahmegruppe 01		2.336.315,4	+589.438,4	2.925.753,8
------------------------------------	--	--------------------	-------------------	--------------------

11 Allgemeine Finanzverwaltung
 11 16 Kredite, Finanzderivate, Schulden

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2002	zu ändern	neuer Ansatz 2002
			T€		

Ausgaben

01 Zinsen Kreditmarkt

Haushaltsvermerk unverändert

Erläuterung: -

575 01 921 (MG 01)	Zinsausgaben Ist- und Plan-Portfolio (Kredite und Finanzderivate)	882.558,5	-12.300,0	870.258,5
-----------------------	---	-----------	-----------	-----------

Erläuterung: Weniger wg. Deckung des Restkreditbedarfs 2001 erst Anfang 2002 (mit 1. Zinszahlung 2003) und Maßnahmen im Bereich des Kredit- und Zinsmanagement.

Summe der Maßnahmegruppe 01		911.552,7	-12.300,0	899.252,7
------------------------------------	--	------------------	------------------	------------------

Abschluss Kapitel 1116

Gesamteinnahmen	2.336.315,4	+589.438,4	2.925.753,8
		0,0	
Gesamtausgaben	2.720.992,6	0,0	2.708.692,6
		-12.300,0	
Zuschuss	384.677,2	0,0	0,0
Überschuss	0,0	+601.738,4	217.061,2

keine Verpflichtungsermächtigung

Gesamtabschluss Einzelplan 11

Gesamteinnahmen	8.328.189,4	+817.088,4	8.369.527,8
		-775.750,0	
Gesamtausgaben	4.759.226,6	+81.000,0	4.792.926,6
		-47.300,0	
Zuschuss	0,0	0,0	0,0
Überschuss	3.568.962,8	+7.638,4	3.576.601,2

Verpflichtungsermächtigung (in T€)	24.835,0	0,0	24.835,0
davon fällig Haushaltsjahr 2003	11.354,0	0,0	11.354,0
davon fällig Haushaltsjahr 2004	13.381,0	0,0	13.381,0
davon fällig Haushaltsjahr 2005	100,0	0,0	100,0
davon fällig Haushaltsjahr 2006ff	0,0	0,0	0,0

13 Ministerium für Umwelt, Natur und Forsten

13 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2002	zu ändern	neuer Ansatz 2002
			T€		

Ausgaben

972 01 989 Globale Minderausgaben -2.796,0 -2.236,8 -5.032,8

Haushaltsvermerk unverändert

Erläuterung: Veranschlagung der von der Landesregierung im Rahmen des Haushaltsvollzugs 2002 erhöhten globalen Minderausgaben.

Abschluss Kapitel 1301

Gesamteinnahmen	3.699,1	0,0	3.699,1
		0,0	
Gesamtausgaben	23.731,3	0,0	21.494,5
		-2.236,8	
Zuschuss	20.032,2	-2.236,8	17.795,4
Überschuss	0,0	0,0	0,0
Verpflichtungsermächtigung (in T€)	10.191,0	0,0	10.191,0
davon fällig Haushaltsjahr 2003	4.430,0	0,0	4.430,0
davon fällig Haushaltsjahr 2004	3.395,0	0,0	3.395,0
davon fällig Haushaltsjahr 2005	2.141,0	0,0	2.141,0
davon fällig Haushaltsjahr 2006ff	225,0	0,0	225,0

Gesamtabschluss Einzelplan 13

Gesamteinnahmen	94.466,4	0,0	94.466,4
		0,0	
Gesamtausgaben	151.245,7	0,0	149.008,9
		-2.236,8	
Zuschuss	56.779,3	-2.236,8	54.542,5
Überschuss	0,0	0,0	0,0
Verpflichtungsermächtigung (in T€)	46.109,0	0,0	46.109,0
davon fällig Haushaltsjahr 2003	22.871,0	0,0	22.871,0
davon fällig Haushaltsjahr 2004	11.550,0	0,0	11.550,0
davon fällig Haushaltsjahr 2005	6.667,0	0,0	6.667,0
davon fällig Haushaltsjahr 2006ff	5.021,0	0,0	5.021,0

13 Ministerium für Umwelt, Natur und Forsten

13 01 Ministerium

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen
--

422 01

weggefallene Vermerke:

Planstellen künftig wegfallend:

1 Stelle B5

künftig wegfallend mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des
Stelleninhabers (58er-Regelung)

(aus HH 1998)

